

Antrag Nr. 24-F-10-0018

AfD

Betreff:

Umsetzung der Unterbringungsgebührensatzung
- Antrag der AfD-Fraktion vom 15.10.2024 -

Antragstext:

Am 15. März 2018 wurde die Unterbringungsgebührensatzung beschlossen, die rückwirkend zum 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt wurde. Mit diesem Berichts Antrag sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie effizient und wie effektiv sich die Umsetzung der Satzung in der Praxis gestaltet.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Kinder, Familien und Wohnen möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hat sich im Zeitraum seit Inkrafttreten der Satzung bis heute die Gesamtanzahl der Personen entwickelt, die in Gemeinschaftsunterkünften (im Sinne des LAG) der Landeshauptstadt Wiesbaden untergebracht worden sind? Bitte stellen Sie die Zahlen nach Jahren aufgeschlüsselt dar.
2. Wie viele der Bewohner hatten in den einzelnen Jahren ein Einkommen, welches ihre Transferleistungsansprüche überstieg, sodass sie im Sinne der Satzung zahlungspflichtig geworden sind?
3. Wie haben sich die Einnahmen aus dem Vollzug der Satzung im Zeitraum seit ihrem Inkrafttreten bis heute entwickelt? Bitte stellen Sie die Zahlen nach Jahren aufgeschlüsselt dar.

Wiesbaden, 15.10.2024

Monika Giesa
Stadtverordnete
AfD Stadtverordnetenfraktion

Gordon Bee
Politischer Referent
AfD Stadtverordnetenfraktion